

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 25.07.2018 im Großen Saal des
Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 18:05 Uhr bis 20:10 Uhr

- - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Daniel Fritz

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Patric Kohler

ab 18:45 Uhr anwesend

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Hubert Oberle

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadträtin Heidrun Zeus

Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Neusatz, Wolfgang Bohnert

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

Ortsverwaltung Eisental, Jürgen Lauten

Ortsverwaltung Vimbuch, Manuel Royal

Verwaltung

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Finanzen, Johanna Balaskas

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,

Corina Bergmaier

Personal und Organisation, Daniel Bauer

Beteiligungsmanagement, Jörg Zimmer

Pressesprecher, Matthias Buschert

Revision, Thomas Bauer

Rechts- und Ausländerwesen,

Elisabeth Beerens

Zentrale Dienste, Reinhard Renner Steuern und Beiträge, Christian Burger Naturschutzstiftung Waldhägenich, Joachim Doll	bis 18:30 Uhr anwesend
Umwelt und Außenanlagen, Beate Link Stadtentwicklung, Fabio Savoia Grundstücksmanagement, Andrea Schubert Zentrale Dienste, Stefanie Streule Stadtentwicklung, Barbara Thévenot Grundstücksmanagement, Bernd Übelin	bis 18:40 Uhr anwesend
Stadtwerke Bühl GmbH Geschäftsführer Rüdiger Höche Geschäftsführer Reiner Liebich	ab 18:50 Uhr anwesend ab 18:50 Uhr anwesend
Gäste	Sebastian Franz zu TOP 4 anwesend
Zuhörer/innen	25
Pressevertreter	4

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied
 Stadträtin Barbara Becker
 Stadtrat Stefan Böckeler
 Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs
 Stadtrat Manfred Müller
 Stadtrat Ulrich Nagel
 Stadtrat Norbert Zeller
 Stadträtin Ursula Zink-Ohnemus

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 04.07.2018 gefassten Beschlusses
3. 1. Finanzbericht 2018 des Oberbürgermeisters
4. Globalberechnung für die Abwasserbeiträge der öffentlichen Abwasserbeseitigung, Festsetzung der Teilbeträge für den Kanal- und Klärbeitrag
5. 3. Änderung der Satzung der Stadt Bühl über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS)
6. Bewerbung der Stadt Bühl als "Fairtrade-Stadt"
7. Bebauungsplan der Innenentwicklung „Weinstraße / Weinbergstraße“ in Bühl-Eisental,
 - a) Aufstellungsbeschluss
 - b) Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss
8. Bebauungsplan der Innenentwicklung „Bußmatten, 2. Änderung“ in Bühl-Eisental, Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss
9. Bebauungsplan „Klinikum Mittelbaden Bühl“ in Bühl mit Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Ärztehaus beim Kreiskrankenhaus Bühl“,
 - a) Aufstellungsbeschluss
 - b) Vorentwurfsbilligung und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung
10. Bebauungsplan der Innenentwicklung „Niederfeld, 3. Änderung und Ergänzung“ in Bühl, Entwurfsbilligung mit geändertem Geltungsbereich und Offenlagebeschluss
11. Bebauungsplan der Innenentwicklung „Campus Bühl – Teilbereich Mensa“ in Bühl,
 - a) Aufstellungsbeschluss
 - b) Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss
12. Durchführung der Eigenkontrollverordnung,
Vergabe der Kanalsanierungsarbeiten 2018 in geschlossener Bauweise, im Stadtteil Eisental und in Teilen von Vimbuch
 1. Reparatur und Renovierung
 2. Janßen-Verfahren
13. Neubau Feuerwehrgerätehaus Bühl-West, Vergabe der Bauarbeiten Außenanlagen/Entwässerungs- und Belegsarbeiten
14. Sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m.
§ 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl,
Neubau eines 4-Familienwohnhauses mit Garagen, Schwarzwaldstraße 39, 77815 Bühl-Neusatz
15. Beteiligungsbericht 2016

16. Jahresabschluss der Stadtwerke Bühl GmbH für das Geschäftsjahr 2017
17. Erhöhung des Stammkapitals der Stadtwerke Bühl GmbH von 11 Mio. € auf 20 Mio. €
18. Jahresbericht 2017 des Schutzgebietsbetreuers für das Natur- und Landschaftsschutzgebiet Waldhägenich
19. Geschäftsbericht der Naturschutzstiftung Waldhägenich für das Rechnungsjahr 2017
20. Mietzuschuss an den Verein "Bühler Tafel e.V."
21. Investitionszuschuss für den Turnverein Bühl 1847 e.V.
22. Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2018
23. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Aufgrund des Todes von Stadtrat a.D. Siegfried Zeller würdigt Oberbürgermeister Schnurr dessen ehrenamtliches Engagement, insbesondere für Kappelwindeck und die dortigen Vereine sowie für die Städtepartnerschaften. Er bittet alle Anwesenden, sich für eine Gedenkmminute von den Plätzen zu erheben.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Ein Bürger, Patrick Emmeler, hat einige Fragen bezüglich des öffentlichen WLANs und der Datenschutzgrundverordnung.

Oberbürgermeister Schnurr bittet ihn, die Fragen schriftlich herzugeben, und sagt zu, dass er innerhalb der Sommerpause eine Antwort erhält.

TOP 2: Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 04.07.2018 gefassten Beschlusses

Oberbürgermeister Schnurr gibt den in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 04.07.2018 gefassten Beschluss (TOP 1) bekannt.

TOP 3: 1. Finanzbericht 2018 des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Schnurr trägt den als Anlage beigefügten 1. Finanzbericht 2018 vor.

TOP 4: Globalberechnung für die Abwasserbeiträge der öffentlichen Abwasserbeseitigung, Festsetzung der Teilbeträge für den Kanal- und Klärbeitrag

Aus den Reihen des Gemeinderates kommt Zustimmung zum Beschlussvorschlag zum Ausdruck.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erläutert Herr Burger, Steuern und Beiträge, die Überlegungen der Verwaltung bezüglich eines einheitlichen Beitragssatzes.

Beschluss:

Dem Gemeinderat liegt die Globalberechnung für die Abwasserbeseitigung Stand Oktober 2017 komplett vor. Der Gemeinderat beschließt die Globalberechnung einschließlich der Erläuterungstexte in allen Teilen und bestätigt die darin vorgeschlagenen Festlegungen.

Insbesondere werden folgende Festlegungen und Ermessensentscheidungen getroffen:

- a) Der Gemeinderat beschließt in der Abwasserbeseitigung die Erhebung von einheitlichen Beiträgen für das Gesamtgebiet.
- b) Der Gemeinderat beschließt in der Abwasserbeseitigung die Erhebung von Teilbeiträgen für den Entwässerungs- (Kanal) und Klärbereich (Kläranlage, Sammler, Pumpwerke, Regenüberlaufbecken und Regenwasserbehandlungsanlagen).
- c) Die Sammler, Regenüberlaufbecken und die Regenwasserbehandlungsanlagen werden dem Klärbereich zugeordnet.
- d) Der Gemeinderat stellt fest, dass die künftigen Flächen, die entsprechenden künftigen

Kosten und die künftig zu erwartenden Zuweisungen vollständig und richtig aus den vorliegenden Planungen der Stadt Bühl in die Globalberechnung übernommen wurden. Das Kartenmaterial (Anlagen 1-22) und die Flächentabellen werden zum Bestandteil der Globalberechnung erklärt.

- e) Der Planungszeitraum der Globalberechnung wird auf das Jahr 2030 festgelegt.
- f) Die Preissteigerungsrate wird in Höhe von 2,5% beschlossen.
- g) Bei vorliegendem Mischsystem wird der Straßenentwässerungsanteil entsprechend der Zwei-Kanal-Modell-Berechnung der VEDEWA für die Kanäle, Sammler, Pumpwerke und Regenüberlaufbecken für das Gesamtgebiet auf 25 % festgesetzt. Für die Kläranlage werden pauschal 5% abgesetzt. Für Kläranlagen mit reiner Schmutzwasserzufuhr wird kein Straßenentwässerungsanteil abgesetzt. Bei den Regenwasserleitungen und Regenwasserbehandlungsanlagen werden 50% Straßenentwässerungskostenanteil abgezogen. Für die Schmutzwasserkanäle und die Grundstücksanschlussleitungen im öffentlichen Bereich ist kein Abzug für die Straßenoberflächenwasserbeseitigung vorzunehmen.
- h) Der Anteil der von der Stadt Bühl selbst zu tragenden, beitragsfähigen Kosten gem. § 23 Abs. 1 KAG für das "öffentliche Interesse" wird auf 5% festgesetzt.
- i) Der über Gebühren zu finanzierende Anteil gem. § 20 Abs. 1 KAG wird in Höhe von 5% festgesetzt.
- k) Der Gemeinderat beschließt als Verteilungsmaßstab **die Nutzungsfläche** und setzt folgende Beiträge fest:

Entwässerungsbeitrag (öffentlicher Abwasserkanal)	4,08 €/m²
Klärbeitrag (mechanischer und biologischer Teil der Kläranlage, Sammler, Pumpwerke und Regenwasserbehandlungsanlagen)	2,11 €/m²
- l) Die Verwaltung wird beauftragt, die neu beschlossenen Beitragssätze in die örtliche Abwassersatzung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (19 Ja-Stimmen)

TOP 5: 3. Änderung der Satzung der Stadt Bühl über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS)

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die der Vorlage beigelegte 3. Änderung der Abwassersatzung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (19 Ja-Stimmen)

TOP 6: Bewerbung der Stadt Bühl als "Fairtrade-Stadt"

Bürgermeister Jokerst geht einleitend auf die Vorlage ein.

Aus allen Fraktionen wird Zustimmung signalisiert und Fairtrade ausdrücklich begrüßt.

Beschluss:

Die Stadt Bühl nimmt an der Fairtrade-Towns Kampagne teil und strebt den Titel „Fairtrade-Stadt“ an. Hierzu sollen die fünf im Sachverhalt aufgeführten Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne erfüllt werden.

In allen Gemeinderats- und Ausschusssitzungen sowie im Persönlichen Referat des Oberbürgermeisters werden Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet.

Die Verwaltung wird mit der Einrichtung der Steuerungsgruppe beauftragt, in welche als Vertreter der Stadt Bühl Bürgermeister Wolfgang Jokerst entsandt wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (19 Ja-Stimmen)

TOP 7: Bebauungsplan der Innenentwicklung „Weinstraße / Weinbergstraße“ in Bühl-Eisental,

a) Aufstellungsbeschluss

b) Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger wirkt auf Grund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit.

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein und betont, dass der Ortschaftsrat Eisental so zugestimmt hat.

Aus allen Fraktionen wird Zustimmung zu diesem Aufstellungsbeschluss signalisiert.

Oberbürgermeister Schnurr geht auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fallert auf die Zufahrtsregelungen ein.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm erläutert Frau Thévenot, Stadtentwicklung, die Abgrenzung des vorgesehenen Bebauungsplanes.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadtrat Jäckel zu, zu überprüfen, wo es möglicherweise noch an anderen Stellen im Stadtgebiet solche Außenbereichsflächen gibt, die neu ausgewiesen bzw. erweitert werden können. Ergebnisse sollen in einer der nächsten Sitzungen des Technischen Ausschusses vorgestellt werden.

Stadtrat Gretz fragt, ob für Betroffene, die jetzt bereits Anwohner sind, jedoch durch diese Erweiterung keine weiteren Grundstücke im rückwärtigen Bereich haben, irgendwelche Kosten anfallen.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass dies nach seiner ersten Einschätzung nicht der Fall ist.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Weinstraße / Weinbergstraße“ in Bühl-Eisental nach § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren gemäß dem Abgrenzungsplan vom 20. Juni 2018.
- b) Der Gemeinderat billigt den Bebauungsplanentwurf mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung mit artenschutzrechtlicher Vorprüfung vom 20. Juni 2018 und beauftragt die Verwaltung, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Offenlage durchzuführen und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu hören.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (18 Ja-Stimmen)

TOP 8: Bebauungsplan der Innenentwicklung „Bußmatten, 2. Änderung“ in Bühl-Eisental, Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein.

Ortsvorsteher Lauten erklärt, dass der Ortschaftsrat Eisental zugestimmt hat. Das lokalklimatische Gutachten wurde erst in der Sitzung vorgestellt und der Ortschaftsrat hat es lediglich für jetzige Planung, nicht aber auf künftige Entwicklungen anerkannt.

Stadtrat Hirn betont die Aussage in der Vorlage, dass hier sparsam mit Grund und Boden umgegangen wird.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass dies eine rechtliche Vorgabe ist und er spricht auch von einer Vorbildfunktion dieses Betriebes, der als erster in einem Gewerbegebiet ein Parkhaus baut.

Stadtrat Jäckel betont die Sinnhaftigkeit des Vorhabens im Hinblick auf die Zukunft.

Auch Stadtrat Prof. Dr. Ehinger sichert für die FW-Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag zu, betont aber auch, dass es entsprechend dem lokalklimatischen Gutachten Grenzen gibt.

Stadtrat Kohler nimmt an der Sitzung teil.

Stadträtin Dr. Burget-Behm sichert ebenfalls Zustimmung ihrer Fraktion zu und betont die Wichtigkeit dieses Projektes für die gesamte Stadt.

Stadtrat Seifermann schließt sich den positiven Äußerungen seiner Vorredner an.

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt den Bebauungsplanentwurf mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung mit Grünordnungsplan, Gutachten zu den lokalklimatischen Verhältnissen und artenschutzrechtlicher Vorprüfung vom 20. Juni 2018 und beauftragt die Verwaltung, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Offenlage durchzuführen und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu hören.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 9: Bebauungsplan „Klinikum Mittelbaden Bühl“ in Bühl mit Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Ärztehaus beim Kreiskrankenhaus Bühl“,

a) Aufstellungsbeschluss

b) Vorentwurfsbilligung und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung

Oberbürgermeister Schnurr spricht unter anderem von einem weiteren Beitrag zur Sicherung des Standortes Bühl.

Alle Fraktionsvorsitzenden unterstützen die Vorlage und kündigen Zustimmung ihrer Fraktion an.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat ermächtigt den Oberbürgermeister, den städtebaulichen Vorvertrag zum Bebauungsplan „Klinikum Mittelbaden Bühl“ mit dem Vorhabenträger zu schließen.
- b) Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Klinikum Mittelbaden Bühl“ in Bühl gemäß dem Abgrenzungsplan vom 20. Juni 2018 mit Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Ärztehaus beim Kreiskrankenhaus Bühl“.
- c) Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung auf Basis des Vorentwurfes vom 20. Juni 2018, mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig zu hören.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 10: Bebauungsplan der Innenentwicklung „Niederfeld, 3. Änderung und Ergänzung“ in Bühl,

Entwurfsbilligung mit geändertem Geltungsbereich und Offenlagebeschluss

Stadträtin Dr. Wendenburg und Stadtrat Fritz wirken auf Grund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit.

Oberbürgermeister Schnurr erläutert die Vorlage und betont, dass bereits Einwendungen vorliegen, die man im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens als Anregungen einbeziehen wird.

Stadträtin Dr. Burget-Behm stellt den Antrag zur Geschäftsverordnung auf Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes in die Sitzung im September mit folgender Begründung:

Der CDU-Fraktion ist bekannt geworden, dass die von der Bebauungsplanänderung betroffenen Bürger bisher nicht im angemessenen Rahmen informiert und gehört wurden. Deshalb sollte zunächst eine angemessene Bürgerinformation erfolgen. Der Bebauung dieses Areals mit einer maßvollen Nachverdichtung steht die CDU allerdings nicht im Wege, da man um die fehlenden Wohnungen in Bühl weiß. Sie erinnert den Gemeinderat aber an den gemeinsamen, einstimmig gefassten Beschluss vom 24.01.2018, der folgendermaßen lautete: „Der Gemeinderat beschließt den der Vorlage beigefügten Leitfaden Bürgerbeteiligung und bringt damit seinen Willen zum Ausdruck, bei den politischen Entscheidungsprozessen zukünftig die Bürgerschaft noch mehr als bisher aktiv einzubeziehen“. Weiter führt sie aus, dass ein Gemeinderatsmitglied in der Stellungnahme sogar noch hinzufügte, dass der Dialog mit dem

Bürger auf eine neue Ebene gestellt wird, was z.B. hilfreich für Bauvorhaben, welche Proteste hervorrufen, sein wird. Sie ist der Meinung, dass dem Rechnung getragen werden sollte und man den Worten auch Taten folgen lässt. Sie beantragt auch geheime Abstimmung über diesen Geschäftsordnungsantrag.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger ist der Meinung, dass die Bevölkerung schon informiert ist. Jetzt geht es in die Offenlage, bei welcher alle ihre Bedenken vorbringen können. Er empfiehlt deshalb seiner Fraktion, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Stadtrat Hirn spricht sich gegen eine Vertagung aus, allerdings ist er der Meinung, dass gewährleistet sein muss, dass alle Bürger ausreichend informiert sind.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, deshalb einen zusätzlichen Bürgerinformationstermin zu machen, ohne dass man deshalb das Verfahren jetzt verschieben muss.

Stadtrat Seifermann ist der Meinung, dass man zukünftig bei allen Bauvorhaben grundsätzlich die Bürger besser beteiligen muss. Er spricht sich deshalb für diesen Vertagungsantrag aus, die Abstimmung darüber kann jedoch durchaus offen sein, da jeder zu seiner Meinung stehen kann.

Stadtrat Jäckel sieht keine Notwendigkeit der Vertagung, da es im Rahmen der Offenlage genügend Möglichkeiten der Beteiligung gibt. Geheime Abstimmung hält er auch nicht für notwendig.

Über den Antrag auf geheime Abstimmung des Vertagungsantrages wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Über den Antrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Stimmenthaltungen

Der Antrag ist damit angenommen und der Tagesordnungspunkt ist vertagt.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass jetzt zunächst eine Bürgerinformation durchgeführt wird, um aufzuzeigen, was möglich ist, danach wird man wieder in die Gemeinderatssitzung gehen.

TOP 11: Bebauungsplan der Innenentwicklung „Campus Bühl – Teilbereich Mensa“ in Bühl,

a) Aufstellungsbeschluss

b) Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss

Oberbürgermeister Schnurr verweist auf die Bürgerinformation am Vortag, in der einige Informationsdefizite ausgeräumt werden konnten. Er betont auch, dass ihm vor der Sitzung eine Unterschriftsliste mit 147 Unterschriften übergeben wurde. Dabei wird gefordert, die Planungen zu überdenken und die Öffentlichkeit mit einzubeziehen. Das wurde zum einen bereits gestern Abend gemacht und zum anderen hat er auch schon zugesagt, nach der Offenlage vor der Beschlussfassung im Gemeinderat nochmals eine Bürgerbeteiligung durchzuführen, und zwar am 5. November 2018. Die dortigen Ergebnisse können dann noch in den Beschlussvorschlag für den Gemeinderat miteinfließen.

Stadträtin Dr. Burget-Behm erklärt, dass mit diesem Bebauungsplan die rechtliche Grundlage für ein dreigeschossiges Gebäude mit dem Raumbedarf Mensa, Schüler-Café und Klassenräume geschaffen wird. Die Notwendigkeit der Dreigeschossigkeit wird seitens der CDU-Fraktion nicht hinterfragt. Die Mensa mit Schüler-Café war jedoch bei allen Vorlagen der Architekten, die am Campuswettbewerb teilgenommen haben, im Garten des Kinder- und Familienzentrum platziert und war stets eingeschossig. Die Architekten, die den Wettbewerb gewonnen haben, stellten das eingeschossige Gebäude in den Straßenraum, also zum Platz Villefranche hin. Am 11. Juli sind alle Fraktionen der Einladung der Bürgerinitiative zum „Schutz der Oase am Kifaz“ gefolgt und haben die Zusage gegeben, sich dafür einzusetzen, dass möglichst viele Bäume erhalten werden sollen. Deshalb fordert die CDU-Fraktion eine Änderung in der Begründung, Teil A.7. planungsrechtliche Festsetzungen des Bebauungsplanes, indem der Satz „das bestehende Baufenster wird nach Westen und nach Süden erweitert“ ersatzlos gestrichen wird. Nach Vorstellung der CDU-Fraktion soll das Gebäude viel weiter in Richtung Norden geschoben werden, damit der bisher geplante Hof im Norden des vorgeschobenen Gebäudes entfällt. Damit können die wertvollen Bäume am südlichen Grundstücksrand größtenteils erhalten werden und Leitungsverlegungen, wie im Bebauungsplan beschrieben, könnten entfallen. Eine leichte Außentreppe müsste als Fluchttreppe gebaut werden, der das denkmalgeschützte Haus sehr störende Steg zum Kinder- und Familienzentrum könnte entfallen. Die Bäume sind dann ohne Zweifel ein dreifacher Gewinn für die Mensa, das Seniorenwohnheim und das Stadtklima. Außerdem fordert die CDU-Fraktion, statt der Längsparkplätze im Westen, entlang der Heidlauffstraße, schlanke, hohe Bäume vorzusehen.

Stadtrat Jäckel erklärt, dass die Darstellung von Stadträtin Dr. Burget-Behm nicht in Ordnung ist, es waren nicht alle Gemeinderäte dafür, auch wenn dies in dem dort angefertigten Protokoll so steht. Seitens der FDP-Fraktion hat man diesem Protokoll widersprochen, da dort nicht alle Aspekte, die auch von anderer Seite eingebracht wurden, aufgeführt sind.

Zu den Äußerungen von Stadträtin Dr. Burget-Behm antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass heute nicht über den Bebauungsplan beschlossen wird, sondern erst über den Aufstellungsbeschluss und die Offenlage. Im Rahmen dieser Offenlage können die von ihr vorgebrachten Anregungen eingebracht werden. Er betont auch, dass mit der jetzt angedachten Platzierung des Gebäudes keine Leitungsverlegungen erforderlich werden.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass er den Vorschlag von Stadträtin Dr. Burget-Behm voll und ganz unterstützen kann. Durch die Größe des neuen Gebäudes wird das danebenstehende Kinder- und Familienzentrum nahezu verdeckt und auch er hält die angesprochenen Bäume für erhaltenswert. Angesichts von Arbeitsgruppen Stadtgrün, Klimopass und Klimabeirat sollte man wirklich darauf achten, möglichst viele Bäume in der Stadt zu erhalten. Dies kann man in der Tat dadurch erreichen, dass das Gebäude nach Norden versetzt wird.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass bei Verschiebung des Gebäudes nach Norden der Hof des Kinder- und Familienzentrums kleiner wird bzw. ganz entfällt. Auch die Belange des Denkmalschutzes hinsichtlich des Kinder- und Familienzentrums sind hier berücksichtigt und es gibt keine diesbezüglichen Einwände seitens des Denkmalamtes. Im Übrigen erinnert er auch an das Urheberrecht auf Grund des Wettbewerbs, darüber kann man sich auch nicht ohne weiteres hinwegsetzen.

Stadtrat Seifermann erklärt, dass mehr Grün in der Stadt erstrebenswert ist, weshalb die gemachten Vorschläge geprüft werden sollen. Aber auch andere Flächen im Bereich des Campus sind noch hinsichtlich einer Begrünung zu überplanen. Er ist der Meinung, dass die Offenlage jetzt gemacht werden soll, damit die Bürger ihre Anregungen vorbringen können, jedoch sollte sie aufgrund der Ferienzeit nicht nur vier Wochen dauern, sondern auf acht Wochen verlängert werden.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass gerade das Thema Begrünung am gestrigen Abend ein Punkt war, man möchte mehr Grün im gesamten Campusbereich und dies auch mit den Bürgern gemeinsam erarbeiten, weshalb dies auch bei der Bürgerbeteiligung am 5. November thematisiert wird. Er nimmt die Anregung von Stadtrat Seifermann auf, die gemachten Vorschläge ergebnisoffen zu prüfen. Auch dies wird am 5. November mit den Bürgern diskutiert. Ebenso sagt er zu, dass man die Offenlage verlängern kann.

Stadtrat Jäckel erklärt, dass er für die Umsetzung des Realisierungswettbewerbs ist und er stellt fest, dass eine Mensa gebraucht wird. Ebenso wird ein Schüler-Café für die jungen Menschen gebraucht und er hält auch angesichts der steigenden Schülerzahlen die Klassenräume für beide Schulen am Ort für notwendig. Trotzdem müssen die Bedenken ernst genommen werden und man muss sich auch über ein Verkehrskonzept unterhalten. Jedoch sollte man heute über den Aufstellungsbeschluss und die Offenlage beschließen, wobei auch er eine Verlängerung der Offenlage gut findet.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt, dass auch das Thema Verkehr am 5. November zu behandeln sein wird.

Auch die SPD-Fraktion trägt laut Stadtrat Hirn die Verlängerung der Offenlage mit. Er hält den Mensastandort für beide Schulen für ideal und findet auch positiv, dass sich eine Bürgerinitiative der Bewohner von „St. Elisabeth“ gebildet hat, weil sich insoweit die Bürger einbringen. Auch er betont, dass hinsichtlich Grünflächen, Parksituation und Verkehrsführung noch Gestaltungsspielraum besteht. Auch durch die achtwöchige Offenlage können sicherlich die Belange der Bürger noch stärker miteinfließen.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt, dass die Bürger miteinbezogen werden sollen, weshalb man sich hier ein bisschen Zeit nimmt.

Stadträtin Dr. Burget-Behm betont nochmals, dass es bezüglich des Urheberrechtes eigentlich so ist, dass dort ursprünglich ein eingeschossiger Bau vorgesehen war. Jedoch verdeutlicht sie nochmals, dass die CDU-Fraktion sämtliche Mehrheitsbeschlüsse respektiert, inklusive des Raumbedarfs. Es geht der CDU-Fraktion also lediglich um die Verschiebung des Gebäudes. Sie führt weiter aus, dass trotz der Tatsache, dass heute nicht der Bebauungsplan beschlossen wird, im weiteren Verfahren entsprechend dem Beschlussvorschlag auch dieser Satz festgeschrieben bleibt, den sie gestrichen haben möchte.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass es heute nur um den Bebauungsplanentwurf geht und er kein Problem damit hat, wenn dieser besagte Satz gestrichen wird.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger schließt sich den Äußerungen von Stadträtin Dr. Burget-Behm an und besteht ebenfalls auf Streichung dieses Satzes. Auch für die Freien Wähler stand nie die Mensa und das Jugend-Café in Frage.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt, dass es kein Problem ist, diesen Satz zu streichen, maßgeblich sind letztlich die planerischen Festsetzungen. Er sagt auch nochmals eine ergebnisoffene Diskussion zu.

Oberbürgermeister Schnur bestätigt Stadtrat Oberle, dass die Anregungen mit dem Planer besprochen werden. In die Bürgerversammlung im November fließen dann bereits die Ergebnisse der Offenlage mit ein. Mit den Bürgern werden dann die Themen Gebäudestellung, Grün und Verkehr erarbeitet, erst danach geht es in den Gemeinderat.

Stadtrat Löschner erklärt, dass es der Bürgerinitiative zum einen darum geht, dass man Sorge um Verlust von Lebensqualität hat. Aufgrund des Verlaufes des gestrigen Abends hat er

jedoch den Eindruck, dass für diesen Aspekt ein Kompromiss gefunden werden kann. Der andere Aspekt ist für ihn der Erhalt von Naturräumen, von alten Bäumen in der Stadt. Im Laufe der Jahre hat er gelernt, dass man hier um jeden älteren Baum kämpfen muss. Ein gewachsener Baum ist für ihn nicht einfach ein Gegenstand, den man entfernen oder versetzen kann.

Stadträtin Dr. Burget-Behm nennt nochmal ihre Bedingungen, unter denen sie dem Beschlussvorschlag zustimmen kann.

Oberbürgermeister Schnur erklärt deshalb nochmals ausdrücklich, dass der angesprochene Satz „Das bestehende Baufenster wird nach Westen und nach Süden erweitert“ gestrichen wird, dass die Themen Verschiebung des Gebäudes und die Bäume in der Heidlauffstraße ergebnisoffen geprüft werden und dass dies dann alles in der Bürgerbeteiligung am 5. November erörtert wird. Erst danach wird man zum Satzungsbeschluss in den Gemeinderat gehen.

Beschluss:

- c) Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Campus Bühl – Teilbereich Mensa“ in Bühl nach § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren gemäß dem Abgrenzungsplan vom 20. Juni 2018.
- d) Der Gemeinderat billigt den Bebauungsplanentwurf mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung mit artenschutzfachlicher Stellungnahme vom 20. Juni 2018 und beauftragt die Verwaltung, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Offenlage durchzuführen und die Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu hören.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 12: Durchführung der Eigenkontrollverordnung, Vergabe der Kanalsanierungsarbeiten 2018 in geschlossener Bauweise, im Stadtteil Eisental und in Teilen von Vimbuch

1. Reparatur und Renovierung

2. Janßen-Verfahren

Die Stadträte van Daalen und Woytal verlassen vorübergehend die Sitzung und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung über diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt nicht teil.

Beschluss:

- 1.) Die Firma Geiger Kanaltechnik GmbH & Co.KG, Wendlingen, erhält den Auftrag für die Kanalsanierungsarbeiten 2018 in geschlossener Bauweise (Reparatur und Renovation) mit einer Gesamtsumme von brutto 409.875,39 €.
- 2.) Die Firma Fakatec GmbH, Waldfischbach-Burgalben erhält den Auftrag für das (Janßen-Verfahren) mit einer Gesamtsumme von brutto 159.094,79 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (18 Ja-Stimmen)

TOP 13: Neubau Feuerwehrgerätehaus Bühl-West, Vergabe der Bauarbeiten Außenanlagen/Entwässerungs- und Belegsarbeiten

Oberbürgermeister Schnurr spricht von einem erfreulichen Ergebnis hinsichtlich der Kosten und auch des Zeitplanes.

Auch Stadtrat Hirn erklärt, dass sich die nochmalige Ausschreibung gelohnt hat, zum einen hinsichtlich der Kosten und zum anderen auch hinsichtlich der Tatsache, dass eine Firma zum Zuge kommt, die auch den Markt-/Kirchplatz sehr gut gemacht hat.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass man immer noch über der Kostenberechnung liegt, aber in der Tat hat man gespart und es ist kaum Zeitverzug eingetreten.

Beschluss:

Die Firma Weiss GmbH, 76532 Baden-Baden erhält den Auftrag für die Entwässerungs- und Belegsarbeiten (Außenanlage) des Feuerwehrgerätehaus West zum Angebotspreis von 499.418,96 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (18 Ja-Stimmen)

TOP 14: Sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl, Neubau eines 4-Familienwohnhauses mit Garagen, Schwarzwaldstraße 39, 77815 Bühl-Neusatz

Stadtrat Oberle erklärt, dass der Ortschaftsrat Neusatz dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat. Er geht auf einige Details ein und betont, dass dem Bauvorhaben nichts im Wege steht.

Stadtrat Hirn geht auf den Sachverhalt ein und betont, dass man auch keine Einwände hat.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt die sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl zu dem o.g. Vorhaben in der Schwarzwaldstraße, Neusatz.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 15: Beteiligungsbericht 2016

Stadträtin Dr. Burget-Behm nennt einige positive Aspekte aus dem Beteiligungsbericht.

Auf ihre entsprechende Nachfrage geht Herr Zimmer, Beteiligungsmanagement, auf das Defizit bei der Bühler Sportstätten GmbH ein. Er geht auch auf die Gewerbesteuerzahlungen aus dem Gewerbepark Söllingen ein.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass der Beteiligungsbericht das vielfältige Engagement der Stadt Bühl aufzeigt. Er geht auf einzelne Zahlen der Unternehmen ein und spricht von einem insgesamt erfreulichen Ergebnis.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

TOP 16: Jahresabschluss der Stadtwerke Bühl GmbH für das Geschäftsjahr 2017

Oberbürgermeister Schnurr bedankt sich bei den Geschäftsführern der Stadtwerke Bühl GmbH für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und beglückwünscht sie zu dem tollen Jahresergebnis. Er berichtigt die fehlerhafte Formulierung in dem Sachverhalt und erklärt, dass sich der Aufsichtsrat einstimmig dafür ausgesprochen hat, den Jahresabschluss in der vorgelegten Form zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat weist die Gesellschafterversammlung der Bühler Sportstätten GmbH an, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vertreter der Bühler Sportstätten GmbH beschließen in der Gesellschafter-versammlung der Stadtwerke Bühl GmbH:

- 1.) Der Jahresabschluss zum 31.12.2017 nebst Lagebericht der Stadtwerke Bühl GmbH wird in der vorgelegten Fassung gebilligt und ist damit festgestellt.
- 2.) Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.
- 3.) Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.
- 4.) Die Bildung von Gewinnrücklagen in Höhe von 2.132.420,78 € wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
- 5.) Als Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2018 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EversheimStuible Treuberater GmbH, Stuttgart, bestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 17: Erhöhung des Stammkapitals der Stadtwerke Bühl GmbH von 11 Mio. € auf 20 Mio. €

Oberbürgermeister Schnurr geht auf die Vorlage ein.

Stadtrat Broß erklärt, dass diese Erhöhung des Stammkapitals sinnvoll ist.

Herr Zimmer, Beteiligungsmanagement, bestätigt Stadtrat Prof. Dr. Ehinger, dass die Rücklagen ausreichen.

Auch Stadtrat Gretz befürwortet diese Stammkapitalerhöhung.

Herr Zimmer erläutert den Grund dieser Erhöhung nochmals näher.

Stadtrat Jäckel schließt sich diesen Ausführungen an und betont ebenfalls die Sinnhaftigkeit.

Stadtrat Seifermann sichert ebenfalls die Zustimmung der GAL-Fraktion zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat weist die Gesellschafterversammlung der Bühler Sportstätten GmbH an, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Vertreter der Bühler Sportstätten GmbH beschließen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Bühl GmbH:

1. Die in der Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2017 unter A. Eigenkapital Ziff. 2 ausgewiesene freie Rücklagenposition „Kapitalrücklagen“ wird in Höhe eines Teilbetrages von 2.000.000,00 EUR aus dieser Position der vorbezeichneten Bilanz in Stammkapital umgewandelt und die in der Bilanz der Gesellschaft zum 31.12.2017 unter A. Eigenkapital Ziff. 3 ausgewiesene freie Rücklagenposition „Andere Gewinnrücklagen“ wird in Höhe eines Teilbetrages von 7.000.000,00 EUR aus dieser Position der vorbezeichneten Bilanz in Stammkapital umgewandelt. Das Stammkapital der Gesellschaft erhöht sich damit von 11 Mio. EUR um insgesamt 9 Mio. EUR auf 20 Mio. EUR.

2. Die Kapitalerhöhung wird wie folgt ausgeführt:

Der Nennbetrag des von der Alleingesellschafterin gehaltenen Geschäftsanteils wird von 11 Mio. EUR um 9 Mio. EUR auf 20 Mio. EUR erhöht (Geschäftsanteil Nr. 3).

3. § 4 des Gesellschaftsvertrags wird wie folgt neu gefasst:

„§ 4 Stammkapital

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20.000.000,00 EUR
(in Worten: zwanzig Millionen Euro).

(2) Das Stammkapital ist in voller Höhe erbracht.“

4. Eine Übernahmeerklärung der Alleingesellschafterin ist nicht erforderlich, da der Erwerb kraft Gesetzes erfolgt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 18: Jahresbericht 2017 des Schutzgebietsbetreuers für das Natur- und Landschaftsschutzgebiet Waldhagenich

Stadträtin Zeus betont das vielfältige Engagement und lobt die Arbeit des Schutzgebietsbetreuers.

Stadträtin Dr. Burget-Behm schließt sich dem Lob an und signalisiert Zustimmung zu diesem und auch zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Auf ihre entsprechende Nachfrage geht der Schutzgebietsbetreuer, Herr Doll, auch auf die Entwicklung der Jungstörche in den vergangenen Jahren ein.

Stadtrat Wäldele betont in seinen lobenden Worten, dass sich hier zeigt, dass gute Betreuung auch dazu führen kann, dass sich wieder Tierarten hier ansiedeln, wie z.B. die Wildkatze.

In ähnlicher Weise äußert sich auch Stadtrat Prof. Dr. Ehinger, der auch die pädagogische Arbeit von Herrn Doll erwähnt. Auf seine entsprechenden Äußerungen spricht sich Oberbürgermeister Schnurr dagegen aus, im Naturschutzgebiet Hundekotbehälter aufzustellen. Hier ist es wohl erforderlich, an die Hundebesitzer zu appellieren.

Herr Doll geht auf die Entwicklung hinsichtlich der Wildkatzen in diesem Gebiet ein.

Stadtrat Jäckel dankt Herrn Doll ebenfalls für seine Arbeit.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Hirn geht Herr Doll auf mögliche Sanktionierung

gen ein, wenn Hunde in dem Gebiet nicht angeleint werden. Er betont, dass er vor allem mit den Leuten direkt ins Gespräch geht, was dann durchaus erfolgreich ist. Einige Unvernünftige gibt es jedoch immer wieder.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

TOP 19: Geschäftsbericht der Naturschutzstiftung Waldhägenich für das Rechnungsjahr 2017

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Geschäftsbericht der Naturschutzstiftung Waldhägenich der Stadt Bühl für das Rechnungsjahr 2017.

TOP 20: Mietzuschuss an den Verein "Bühler Tafel e.V."

Stadtrat Jäckel erklärt, dass die Tafel sehr sinnvoll und nicht mehr wegzudenken ist. Er findet es erfreulich, dass ein neuer Vorstand gefunden wurde. Er verweist auf den gleichlautenden Antrag der FDP-Fraktion und sichert Zustimmung zum Beschlussvorschlag zu. Generell sollen Gespräche mit den Bürgermeistern der Südschiene geführt werden, um dort evtl. Zuschüsse zu realisieren. Er dankt abschließend allen Mitarbeitern der Tafel für ihr Engagement.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass seitens der Bürgermeister der Südschiene Bereitschaft zur Beteiligung besteht. Auch ein Bühler Betrieb hat sich bereiterklärt, regelmäßig für die Tafel zu spenden.

Auch Stadtrat van Daalen spricht sich für die Unterstützung der Tafel aus, bekräftigt jedoch die Forderung, dass man mal einen Wirtschaftsplan vorlegt, da es hier auch um öffentliche Gelder geht. Möglicherweise wäre der Verein finanziell auch ohne die Machenschaften in Schieflage geraten.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass man mit dem neuen Vorstand sprechen und dem Gemeinderat die entsprechenden Unterlagen vorlegen wird.

Stadtrat Gretz bedankt sich für die Vorlage und betont, dass die SPD-Fraktion diesen Vorschlag in einer nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung eingebracht hat. Auch die anderen Kommunen sollten natürlich mit ins Boot genommen werden.

Stadtrat Seifermann spricht von einer wichtigen sozialen Arbeit der Tafel und sichert die Unterstützung der GAL-Fraktion zu. Auch die in Aussicht stehende Solidarität der Nachbarkommunen hält er für eine tolle Sache. So kann es gelingen, den Verein mittelfristig auf eine solide finanzielle Basis zu stellen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass die Tafel durch kriminelle Aktivitäten und durch die Mieterhöhung in Schieflage gekommen ist, er dankt der neuen Vorstandschaft für ihr Engagement. Es ist immer besser, Lebensmittel nicht wegzuerwerfen, sondern zu einem geringeren Preis an Bedürftige weiterzugeben. Er betont aber auch, dass die Notwendigkeit einer Tafel ein schlechtes Zeugnis für die Sozialpolitik in Bund und Land darstellt. Auch er findet die geplante Beteiligung der Nachbarkommunen erfreulich.

Stadtrat Jäckel erläutert den rechtlichen Hintergrund der Bühler Tafel, die in Form eines eingetragenen Vereines geführt wird.

Stadtrat Teichmann schließt sich den Äußerungen seiner Vorredner an und gibt bekannt, dass man beim diesjährigen Benefizkonzert „Rockige Weihnachten“ einen Teil der Spenden der Bühler Tafel geben wird.

Stadtrat Broß schließt sich dem Lob seiner Vorredner an, betont aber auch nochmals die Forderung nach einem Wirtschaftsplan und einem Jahresabschluss, damit man weiß, woüber man redet. Er regt auch an, dass die Gespräche mit dem DRK fortgeführt werden.

Bürgermeister Jokerst erwidert, dass sich nach dem Eingangsgespräch jetzt bereits eine Arbeitsgruppe zwischen Vertretern des DRK und der Tafel gebildet hat, bei der man direkt auf der Arbeitsebene Synergien sucht.

Stadtrat Jäckel bekräftigt, dass jetzt viele Dinge angegangen werden mit dem Ziel, Einsparungen und Kostenverringerungen zu erreichen.

Oberbürgermeister Schnurr hält den Beschluss für gut, um der Bühler Tafel eine Zukunft und den Bedürftigen Mitbürgern eine Grundlage zu geben.

Beschluss:

Der Verein „Bühler-Tafel e.V.“ erhält einen Mietzuschuss in Höhe von insgesamt 30.000 € für die von August 2018 bis Juli 2019 anfallende Miete und die im gleichen Zeitraum zu entrichtenden Nebenkostenvorauszahlungen für seinen Laden in der Bühlertalstraße 6, 77815 Bühl. Der Zuschuss wird in vier Teilraten vorschüsslich ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 21: Investitionszuschuss für den Turnverein Bühl 1847 e.V.

Oberbürgermeister Schnurr wirkt auf Grund Befangenheit bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht mit. Für ihn übernimmt Bürgermeister Jokerst die Sitzungsleitung.

Bürgermeister Jokerst geht auf die Vorlage ein.

Stadtrat Hirn spricht sich für den Beschlussvorschlag aus und findet diesen Zuschuss gut angelegt.

Auch Stadträtin Dr. Burget-Behm sichert Zustimmung zu.

Stadtrat Woytal spricht von einer tollen Arbeit, die in dem Verein geleistet wird, der Zuschuss hilft, dass dies auch so bleiben kann.

Beschluss:

Die Stadt Bühl gewährt dem Turnverein Bühl 1847 e.V. für den Umbau seiner Geschäftsstelle einen Zuschuss in Höhe von 5.745 €.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (19 Ja-Stimmen)

TOP 22: Spenden und Zuwendungen an die Stadt Bühl von April bis Juni 2018

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage zur Gemeinderatsvorlage einzeln aufgeführten Spenden / Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Namen der Stadt Bühl an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 23: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Termine

- Klausurtagung 12. Oktober entfällt, dafür neuer Termin 23. November 2018
- Zusätzliche Gemeinderatssitzung am 5. Dezember 2018
- Bürgerbeteiligung Campus am 5. November 2018

Arbeitsgruppe Windeck-Gymnasium

Die Fraktionen haben folgende Vertreter genannt: Die Stadträte Oberle, Woytal, Seifermann, Jäckel sowie Stadträtin Becker.

Bürgerbeteiligung Ortsmitte Vimbuch

Dieses Projekt wird durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum gefördert.

Autobahnlärm

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger sagt Oberbürgermeister Schnurr zu, sich beim Regierungspräsidium zu erkundigen, ob und unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, auch im Bereich Bühl einen Fahrbahnbelag zu erhalten, der weniger Lärm verursacht.

Flüchtlingshelfer

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm erklärt Bürgermeister Jokerst, dass man am gestrigen Abend über die neue Strukturierung gesprochen hat, bei dem Termin waren vierzig bis fünfzig Personen da. Man hat aber weiterhin über hundert Personen auf der Helferliste, wobei die Arbeit hier sich verändert; da einige Aufgaben entfallen können, werden tatsächlich auch weniger Helfer gebraucht. Er geht auch im Einzelnen auf die Neuausrichtung der Arbeit ein.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Bürgermeister:
(Sitzungsleitung bei TOP 21)

Wolfgang Jokerst

Der Schriftführer:

Reinhard Renner